

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Portofeld)  
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3161

## Essen.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist vom 15. bis 21. September in Essen abgehalten worden. Wenn irgendwo, so tritt gerade an diesem Ort oder richtiger in diesem Bezirk die gewaltige Ausdehnung des modernen Industrialismus in Erscheinung. Und damit der konzentrierte Kapitalismus auf der einen, die proletarische Massenfront auf der anderen Seite. Hier war es bis vor wenig Jahren den Industriegewaltigen — besonders der Firma Krupp — gelungen, die Gewerkschaftsbewegung zurückzuhalten, dadurch, daß man die unaufgeklärten Arbeitermassen aus dem fernen Osten heranzog, daß man eine neue Art patriarchalischen Systems schuf mit sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen und dergleichen. Aber die Aufklärung ist im Anzuge. Immer mehr drängt sich den Zehntausenden ausgebeuteten Arbeitern die Tatsache auf, daß sie trotz allen Schindens und Maders zu keinem Ziel kommen, daß sie wie Arbeitstiere angespannt werden und daß die kargliche Pension nach 15- und mehrjähriger Tätigkeit von relativ wenigen erreicht wird, weil die harte Arbeit am Feuer oder in der Grube den menschlichen Körper frühzeitig zermüht. Inzwischen ist das Zentrum dem Kapitalismus zu Hilfe gekommen, indem es durch Gründung „Christlicher“ Gewerkschaften die Arbeiterzersplitterung betrieb und dadurch die Selbstbefreiung der Arbeiter nicht unwesentlich verzögerte.

Auch die sprachliche Verschiedenheit und die außerordentliche Zu- und Abwanderung (Fluktuation) hat es mit sich gebracht, daß die modernen Organisationen nur schwer festen Fuß fassen konnten im ganzen rheinland-westfälischen Industriebezirk. Und doch drängt sich gerade hier für jeden hier forschenden Menschen die Tatsache auf, daß die allgewaltige Konzentrationstendenz der Massenunternehmungen nur ihr Ende finden kann in der vereinigten Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Sie können nicht für alle Zeiten Eigentum bleiben einer kleinen rücksichtslosen Scharfmachersippe, die nicht nur dem Arbeiter das Koalitionsrecht und die politische Freiheit nehmen, sondern die auch ihren unheilvollen gewaltigen Einfluß auf Staat und Gesetzgebung mißbrauchen, um ihrer eigenen materiellen Vorteile willen. Wenn irgendwo, zeigt sich an dieser Stelle die völlige Ohnmacht des einzelnen Arbeiters, der nichts ist als eine Zahl, als ein notwendiges Mittel, dem Produktionsprozeß zu dienen und der jederzeit beliebig ausgeschaltet werden kann. Mit dem Erstarken der Organisation wächst aber die Möglichkeit für jeden einzelnen, sein Teil beizutragen an der Umgestaltung und Verbesserung des bisherigen Zustandes und so das Industriehaus für die Arbeiterklasse bewohnbar zu machen, in das sie dereinst einziehen will, wie sehr richtig auf dem Parteitag gesagt worden ist. Den durch Organisation vereinten Kräften der deutschen Arbeiter aber wird es naturgemäß gelingen, diesen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Darum muß unter aller Bestreben sein, eine rege Organisations-tätigkeit zu entfalten im Sinne der modernen Arbeiterbewegung. Alle Sonderbestrebungen politischer oder gewerkschaftlicher Natur aber sind zurückzuweisen unter Hinweis auf das Schädigende dieser Arbeiterzersplitterung.

In diesem Sinne setzte auch der Essener Parteitag ein. Im Geschäftsbericht des Vorstandes gab Genosse Ebert die Verhandlungen mit den lokalorganisierten Gewerkschaften bekannt und unterbreitete dem Parteitag die folgende Resolution:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den lokalistischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen und dem nächsten Parteitag über deren Verlauf zu berichten.“

Der Parteitag verurteilt die von vielen Mitgliedern der lokalistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erblickt in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den lokalistischen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den Generalkommissionen angegliederten Zentralverbänden anzuschließen.

Parteivorstand und Kontrollkommission.

In der Diskussion wurde seitens der Dresdener Genossen eine schärfere Resolution vorgelegt die einen unmittelbaren Entscheid herbeiführen wollte. Auch der 2. Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Reichel, brachte viel Material gegen die „Einigkeit“ bei. Nachdem aber Bömelburg in längeren Ausführungen gleichfalls für die obige Resolution gesprochen, war die Annahme entschieden, die mit allen gegen 1 bis 6 Stimmen erfolgte. Wegen die Lokalisten nun endlich diese letzte Mahnung beherzigen und uns keine weiteren Schwierigkeiten bereiten, sonst spricht sicher der nächste Parteitag das entscheidende Wort.

Das in der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“ so viel bescholtene Presbureau wurde nach einem temperamentvollen Referat des Genossen Müller einer Kommission überwiesen und nachdem nur ein Diskussionsredner dazu gesprochen, mit großer Mehrheit nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Das wird namentlich für die Provinzpresse von großem Segen sein. Aber auch die Gewerkschaften haben dadurch eine bis dato fehlende Zentralinstanz, an die von allen Orten aus telegraphisch oder telephonisch berichtet werden kann bei ausgetretenen Konflikten oder auch bei der nicht gerade seltenen falschen Darstellung seitens bürgerlicher Blätter.

Lebhafter wurde die Debatte im Anschluß an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, den Genosse Dr. Südekum gab. Trotz verlängerter Redezeit gelang es dem ersten Diskussionsredner Roske, Chemnitz nicht so recht, seine Ausführungen im Reichstage beim Militärstat dem Parteitag planibel zu machen. Das schwerste Geschick, die Autorität Debel's, der sich ähnlich zur Militärfrage geäußert, will nun mal in diesem Punkt nicht verfangen, denn „Debel ist doch kein Papst“, wie einmal an an-





Arbeitstag und rücken am 21. Dezember 1907 auf die ihrer jetzigen Lohnstufe nächsthöhere Stufe. Es ist in Aussicht genommen, daß alle Arbeiter, die durch dieses Aufrücken noch nicht die ihrem tatsächlichen Arbeitsalter entsprechende Lohnstufe erreicht haben, zu Ende des Jahres 1908 auf diese Stufe rücken. Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen des Lohnes bestehen. G. d. A. Nr. 5297.

Wie an anderer Stelle ersichtlich, haben die Gasarbeiter schon dazu Stellung genommen in einer Versammlung und ihren Unwillen über die einseitige Handhabung damit dokumentiert.

Als charakteristisch verdient noch betont zu werden, daß man sich seit Mai bis heute noch nicht zu dem Anstandsakt hat auszuweichen können, den Arbeiterausschuß auf seine Eingabe einer Antwort zu würdigen. Wenn die Arbeiter sich in ähnlicher Weise verhielten, könnten der Entrüstung über deren Unhöflichkeit keine Grenzen bestimmt werden. Freilich trägt ein Teil der Arbeiterschaft einen Teil der Mitschuld, indem er durch sein Verhalten der Organisation gegenüber der Verwaltung unfreiwilige Helfershelfer leistet in der Mißachtung der berechtigten Forderungen der Arbeiter, nicht nur auf dem Gebiet der Lohnforderung, wie auch in der wohlberechtigten Forderung auf Einführung des Achtstundentages. Man würde es sonst nicht wagen können, vier Monate, wie weiß, vielleicht noch länger, mit einer Antwort auf sich warten zu lassen. Es muß daher von neuem die Frage des Achtstundentages, der in vielen Großstädten, dicht vor und um Leipzig herum, längst seinen Einzug gehalten hat, ventiliert werden. Wie lange wird man sich dieser berechtigten Forderung noch verschließen wollen? Sollte es denn in Klein-Paris nicht möglich sein, zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter diese Einrichtung zu treffen, wo anderwärts so gute Erfahrungen damit bereits gesammelt sind. Wohlan denn, Ihr Gasarbeiter! An Euch liegt es, wieviel Ihr Eures Glückes Schmelz zu bleiben gesonnen seid. Verschafft Euch durch und in der Organisation die Mittel und Wege, die diesem erstrebenswerten Ziele förderlich erscheinen. Nicht gesäumt, heran an die Kulturarbeit, wenn auch der Boden hier und da noch steinig scheint. Frisch gewagt, ist halb gewonnen!

D. Sch.

**Nachschrift.** In letzter Stunde erfahren wir, daß unter dem 17. d. M. dem Arbeiterausschuß geantwortet ist, d. h. das Protokoll trägt das Datum des 17., während am 19. es dem Ausschuss überreicht wurde. In dürren Worten wird die Ablehnung der Abgabe von billigem Holz an die Arbeiter zum Ausdruck gebracht, während die Eingabe um Feuerzugeszulage durch die neue Lohnordnung als erledigt angesehen wird. Für die jüngeren Arbeiter, die nichts erhalten, wahrlich ein hoffnungsvoller Trost.

## Lohnbewegung im Wuppertal.

In der letzten Nummer teilen wir den Ausgang der **Parmer Gasarbeiterbewegung** kurz mit. Die Stadtverordnetenversammlung vom 10. September d. J. beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Die **Parmer Zeitung** berichtet darüber: Referent Herr Weigeordnet Schwartner: Die Wasser- und Lichtkommission und die Verwaltung haben sich in den letzten drei Jahren wiederholt und eingehend mit den Lohnfragen und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter der städtischen Werke beschäftigt. Seit dem 1. April 1906 sind den Arbeitern nicht nur Lohnaufbesserungen, sondern auch sonstige besondere Zuwendungen (Erbolungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes, Krankenunterstützung, Ruhegehalt, Unterstützungen an Arbeiterwitwen, Bezahlung von 1/2 Schichtlohn für die 12stündige Schicht bei der Gasfabrik, 25 Proz. Lohnzuschlag für Überstunden bei der Gasfabrik, Verkürzung der Arbeitszeit im Ofenhause durch Einführung der 12stündigen Schicht) bewilligt worden. Trotzdem hat eine weitere Agitation besonders bei den Gasarbeitern stattgefunden, und sie sind mit weiteren Forderungen hervorgetreten, die die Wasser- und Lichtkommission nach eingehender Prüfung einstimmig für unerfüllbar erklärte. Da fortgesetzt in öffentlichen Versammlungen und auch in der Presse behauptet worden ist, daß die Stadt Elberfeld viel besser für ihre Arbeiter sorge und von größerem Wohlwollen für dieselben beseelt sei als Varmen, sollte sich die hiesige Verwaltung Anfang dieses Jahres mit der Elberfelder Verwaltung in Verbindung, worauf eine gemeinschaftliche Kommission zur Beratung der Lohnfrage usw. eingesetzt wurde, und es wurde vereinbart, die Lohnverhältnisse in beiden Städten stets in Übereinstimmung zu halten. Auch wurden bezüglich des Lohnstarifs noch einzelne Aufbesserungen mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab beschlossen. Der Referent weist dann ziffernmäßig nach, daß die in der Öffentlichkeit wiederholt aufgestellte Behauptung, das Varmen Gaswerk zahle geringere Löhne als das Elberfelder Gaswerk, unrichtig ist. Es ergibt sich, daß für die Verarbeitung von 1000 Kilogramm Kohlen in Elberfeld pro Mann 2,33 Mk., in Varmen 2,52 Mk. gezahlt werden. Die seit 1. April 1906 gewährten Lohnaufbesserungen verursachen für 1907 eine Mehrausgabe von 26.041,06 Mk. gegen das Jahr 1906, die besonderen Zuwendungen außerdem eine Mehrausgabe von 27.543,04 Mk. Trotz dieser Mehrauf-

wendungen hat die Agitation sich in beiden Städten in heftiger Weise zugespitzt, wobei seitens der Arbeiter vornehmlich mit den Mindestlohntagen operiert wurde, die in Wirklichkeit nur bei ganz wenigen Arbeitern gezahlt werden. Alle diese erheblichen Zuwendungen an die Arbeiter sind von ihnen als eine „Verhöhnung der Arbeiterschaft“ bezeichnet worden. Ferner wurde behauptet, der Arbeiterausschuß sei zweimal bei dem Bürgermeister vorstellig geworden, aber nicht gehört worden. Tatsächlich ist nur eine Eingabe an den Oberbürgermeister unter dem 10. Juli erfolgt, und die nachgesuchte Besprechung mit dem Arbeiterausschuß fand am 21. August statt, wo die Zusammenstellung über die Lohnaufbesserungen vorgelegt und die Einwendungen widerlegt wurden. Die Agitation seitens der Arbeiter wurde aber mit den früheren Unrichtigkeiten fortgesetzt, und unter dem 20. August sind sie erneut um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingekommen. Die Wasser- und Lichtkommission hat nun nach eingehender Beratung im Einvernehmen mit Elberfeld beschlossen, eine weitere Lohnerhöhung vom 1. Oktober d. J. ab eintreten zu lassen: es sollen die Endlöhne um 20 Pf. erhöht und sämtliche Arbeiter eine Zulage von 10 Pf. für die Schicht erhalten. Außer durch diese Lohnaufbesserungen erhöht sich das Einkommen der Arbeiter noch durch eine Reihe Vergütungen für besondere Leistungen, wie Feiertagsarbeit, Überstunden usw. Damit nun auch diejenigen Kreise unserer städtischen Arbeiter, die sich an der Agitation nicht beteiligt haben, bei der Lohnaufbesserung nicht vergessen werden, hat die Finanzkommission sich damit einverstanden erklärt, daß eine weitere Vorlage betreffend die Lohnaufbesserung sämtlicher städtischen Arbeiter baldigt dem Kollegium zur Beschlußfassung unterbreitet werde, damit auch für diese vom 1. Oktober ab Lohnaufbesserungen und besondere Zuwendungen in Kraft treten. In der Debatte stellte Herr Dr. Pathe fest, daß die Wasser- und Lichtkommission schon früher mit größtem Wohlwollen auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen war. Wenn den Arbeitern die Löhne denn noch nicht genügen, dann hätten sie doch zur Privatindustrie gehen können, die ja einen derartigen Arbeitermangel gehabt hat, wie er noch nie war. Redner wandte sich dann gegen die Auslassungen des Elberfelder Stadtverordneten Ziegler in einer Versammlung der dortigen Gasanstaltsarbeiter, in Varmen seien die Verhältnisse für die Gasanstaltsarbeiter ungünstiger wie in Elberfeld. Herr Ziegler habe an den gemeinsamen Kommissionsberatungen nicht teilgenommen; infolgedessen könne er auch nicht wissen, welche Zuwendungen Varmen seinen Arbeitern gemacht habe. Es komme ihm, Redner, so vor, als wenn Herr Ziegler vor den Arbeitern nur eine Verbeugung gemacht habe, um sich populär zu machen. Redner wünschte noch von Herrn Weigeordneten Schwartner eine Widerlegung der in Arbeiterversammlungen aufgestellten falschen Behauptungen, die in den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß widerlegt wurden. Herr Weigeordnet Schwartner ging näher darauf ein. So soll einzelnen Arbeitern weniger Lohn gezahlt sein, als ihnen zustünde, was durch die Lohnlisten widerlegt sei. Weitere Beschwerden richteten sich gegen einen Gasmeister, der unter den Arbeitern christliche Kalender vertrieben habe. Das sei ihm unterstellt worden. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß Politik und Religion auf der Arbeitsstätte nichts zu tun haben; das sei Sache des einzelnen. (Sehr richtig!) Redner verlas dann ein in sämtlichen städtischen Betrieben Varmen und Elberfelds verteiltes Flugblatt agitatorischen Inhalts, worin aus behauptet wird, Varmen und Elberfeld seien in bezug auf soziale Fürsorge für die Arbeiter die rückständigsten Städte. Redner rekapitulierte dann die gemeinsamen Verhandlungen mit Elberfeld, in der die Behauptungen des Flugblattes widerlegt sind. Herr Dieb hat kürzlich der Gasanstalt einen Besuch abgestattet. Die Arbeit dort sei nicht nur eine schwere, sondern auch ungesunde, namentlich die der Fenerarbeiter, die in der größten Hitze ihre Arbeit verrichten müßten. Er, Redner, habe es vor sich nicht fertig gebracht, bis hinten an die Ofen zu gelangen, vieles tue ja dabei die Gewohnheit. In dem betreffenden Raume habe er aber starke Zugluft gespürt, dagegen konnte etwas getan werden. Redner regt schließlich eine Lohnerhöhung auch für die übrigen städtischen Arbeiter an; Unzufriedenheit herrsche besonders unter den Straßenbahnern. Der Herr Oberbürgermeister bezog sich auf die Mitteilung des Herrn Weigeordneten Schwartner, daß eine generelle Neuregelung der Lohnverhältnisse aller städtischen Arbeiter in Vorbereitung sei, und dabei werde auch der Straßenbahn angestellt gedacht werden. Von den behaupteten Mißständen im Wohnwesen bei unserer Gasanstalt könne keine Rede sein; die städtischen Arbeiter werden nicht schlechter als die Arbeiter der Privatindustrie bezahlt. Nebenbei, die sich herausbilden, wird die städtische Verwaltung und die Stadtverordnetenversammlung bereit sein, abzustellen. Die Arbeit in der Hitze sei nur für solche Leute unerträglich, die nicht daran gewöhnt seien. Herr Weigeordnet Schwartner befragte die neu vorgeschlagenen Lohn-

aufbesserungen auf jährlich zwischen 12000 und 16000 M. Im ganzen werde damit das Gaswerk mit den Lohnverbesserungen und besonderen Zuwendungen seit 1. April 1906 um zirka 67000 Mark mehr belastet; in einem Zeitraum von 2 bis 3 Jahren seien also die Löhne zwischen  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{2}$  des Gesamtbetrages gestiegen. Da kann man doch nicht von Hartberzigkeit und Rücksichtslosigkeit sprechen. Herr Gasinspektor Schnorrenberg erklärte, die Arbeiter seien an die große Hitze gewöhnt. Ueber ihren Gesundheitszustand könne die Verwaltung nicht klagen, er sei im allgemeinen gut. Die Fienarbeiter seien teilweise schon seit 20 Jahren dort tätig, und in bezug auf ihren Gesundheitszustand sei kein Unterschied gegenüber den anderen Arbeitern in die Erscheinung getreten. Herr Otto Dahl berichtete, er sei Ende Juli in die Arbeiterversammlung in der „Genügsamkeit“ gegangen und hätte damals den Wunsch gehabt, daß die aufgestellten Behauptungen sofort von der Wasser- und Lichtkommission widerlegt würden. Er habe damals in der Versammlung erklärt, er würde die Fienarbeiter bei der Verwaltung zur Sprache bringen, und habe auch einen Brief in der Angelegenheit an den Herrn Oberbürgermeister geschrieben. Nach der Auffklärung, die er von der Verwaltung erhalten, sei er aber im höchsten Grade erstaunt gewesen über die Agitation, die im Laufe des Sommers unter den Arbeitern getrieben worden ist, da ein ernsthafter Grund zur Unzufriedenheit doch tatsächlich nicht vorzulegen habe. Wenn er damals, am 28. Juli, schon gewußt, daß Vertreter der Sozialdemokratie die Versammlung leiteten, dann würde er sich nicht länger in der Versammlung aufgehalten haben. Herr Beigeordneter Cremer erklärte, ihm sei nichts davon bekannt, daß unter den städtischen Straßenbahnangeestellten Unzufriedenheit herrsche, und geht näher auf die Dienstverhältnisse derselben ein. Herr Vangen meinte, durch die ungünstige Lage der Mittagspause verlängere sich die tatsächliche Dienstdauer von 9 Stunden 10 Min. auf 11, 12 oder 13 Stunden. Herr Beigeordneter Cremer bezweifelte, daß nur  $\frac{1}{2}$  oder  $\frac{1}{4}$  Stunde oder auch nur 1 Stunde dienstreie Zeit als Mittagspause übrig bleibe. Herr Beigeordneter Schwartner knüpfte an die Ausführungen des Herrn Otto Dahl an und erklärte, die Verwaltung könne nicht in die Versammlungen der Arbeiter gehen und sich, trotz Widerlegung der falschen Behauptungen, dort niederschreiben lassen. Rede und Antwort könne sie nur in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung haben. Herr Gasinspektor Schnorrenberg stellte fest, daß die Fienarbeiter in der achtstündigen Schicht nur  $5\frac{1}{2}$  Stunden im eigentlichen Dienst sind und davon 4 bis 5 Stunden mit stündlicher Ablösung direkt vor dem Feuer stehen. Der Herr Oberbürgermeister führte in seinen Schlussworten aus, daß die ganze Form der Agitation unter den Arbeitern auf etwas anderes hinauslaufe, als ihnen Lohnerhöhungen zu verschaffen; die Agitation sei im Interesse der Sozialdemokratie, und an einer politischen Agitation, die mit wirtschaftlichen Verhältnissen nichts zu tun habe, könne die Verwaltung sich nicht beteiligen. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig die beantragten Lohnerhöhungen und bewilligte die zu ihrer Durchführung erforderlichen Mittel.

Der neue Lohnstarif wird wie folgt aussehen:

Lohnklasse		Lohnsatz pro Schicht	
		bisher	künftig
I	Thermomenteure und Vorarbeiter	4,50—5,50	4,60—5,70
IIa	Heuteim Ofenhaus der Gasfabrik	4,50—5,00	4,60—5,20
II	Fienarbeiter der Gasfabrik	3,50—4,50	3,90—4,70
	Wassergasarbeiter	3,50—4,50	
	Zulage für erste Feuerleute im Ofenhaus 20 %, also		
III	Gelernte Handwerker u. Maschinisten	3,70—4,70	4,10—4,90
IV	Heizer	3,50—4,50	4,10—4,70
V	Wassergasarbeiter	3,50—4,50	3,90—4,70
	Hilfsarbeiter, Gasarbeiter der Gasfabrik, Erdarbeiter	3,30—4,00	

Kollege Schäfer-Möln erwiderte den Herren in einem offenen Briefe. Er erbringt den Beweis, daß Varnen mit seiner über den Schellendans gelobten Arbeiterfürsorge reichlich spät auf dem Plan erschien. Dem Herrn Oberbürgermeister Vogt und Beigeordneter Schwartner sagt er folgendes:

„Wenn ich nun „trotz alledem“ eine „weitere Agitation“ besonders unter den Gasarbeitern bemerkbar gemacht haben soll, so sei betont, daß der Gebrauch des Wortes „Agitation“ im Sinne des Herrn Schwartner ganz und gar nicht angebracht ist. Auch die Verkennung des Herrn Oberbürgermeisters, daß die Form dieser „Agitation“ darauf hinauslaufe, die politischen Interessen der Sozialdemokratie zu fördern, ist eine Unterstellung, die ich ganz entschieden zurückweise. Der Herr Oberbürgermeister als auch die

Herren, die in dieselbe Kerbe hauen, sollten einmal die Literatur unseres Verbandes verfolgen, und sie würden finden, daß uns die wirtschaftliche und soziale Hebung der Gemeindearbeiter Selbstzweck im wahren Sinne des Wortes ist. Die Sozialdemokratie bedarf wirklich nicht erst einer Lohnbewegung städtischer Gasarbeiter, um Argumente für ihren politischen Kampf zu bekommen. Diese besorgen schon andere Leute, nicht zuletzt jene Herren, die als Großindustrielle die kommunale Arbeiterpolitik in einer für die Arbeiter unheilvollen Weise beeinflussen, eine Auffassung, die von Angehörigen der verschiedensten Parteien geteilt wird.

Herr Schwartner bestreitet immer noch, daß die Löhne der Arbeiter von Elberfeld und Varnen ungleich sind. Wir lassen hier die offizielle Angabe beider Städte folgen:

Elberfeld: Fienarbeiter, Handwerker, Maschinisten erhalten einen Anfangslohn von 4 M., der nach einem halben Jahre auf 4,10 M., dann nach je einem Jahre um 10 Pf. bis zu 4,50 M. steigt und weiter je 2 Jahre jedesmal um 10 Pf. bis zu 4,80 M. Diese Bestimmung, in Vertretung des Oberbürgermeisters vom Beigeordneten Pfeiffinger unterzeichnet, ist datiert vom 29. 9. 1906.

Varnen: Lohnsatz für die Fienarbeiter der Gasfabrik bisher 3,50 M., vom 10. cr. 3,90 bis 4,70 M. Der Lohnsatz ist also auch jetzt noch um 10 Pf. niedriger wie in Elberfeld. Was für die Verarbeitung von je 1000 Kilogramm Kohlen an Löhnen verausgabt wird, kann doch unmöglich für die Arbeiter maßgebend sein. Hier kommen die verschiedenartigen technischen Verhältnisse in den einzelnen Anlagen in Frage. Oder will man sich für die mangelhafte technische Beschaffenheit der Apparate, Werkzeuge usw. an den Arbeitern schuldig halten? ...

... Wenn nun eine Neuordnung der Löhne der Arbeiter in Kraft tritt und von 140 Beschäftigten 10 Mann eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag erhalten, alle anderen aber leer ausgehen, so dürfte es begreiflich erscheinen, daß sich der Arbeiter eine Erregung bemächtigt. Keine „Agitation“, sondern diese von Seiten der Verwaltung vorgenommene Lohnregelung veranlaßt die Arbeiter auf, und gerade der Unterzeichnete als Leiter der Organisation war es, der die Arbeiter zur Ruhe und Besonnenheit mahnte. Es sei festgestellt, daß, falls keine Organisation vorhanden gewesen, der Streik unvermeidlich gewesen wäre. Dies mußten auch die Herren der Verwaltung, voran der Herr Oberbürgermeister und der Beigeordnete Schwartner eingesehen haben. Wenn nun aber in Zukunft das Bestreben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage andere Formen annehmen sollte, dann tragen die Herren, die in der letzten Sitzung der Stadtverordneten auf den Gasarbeitern herum-paukten und eine Reihe Behauptungen nicht erweisbarer Natur aufstellten, ein vollgerüttelt Maß Schuld daran.

Zum Schluß heißt es noch: „Die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung lassen die Annahme zu, als ob sich die Arbeiter der anderen Betriebe nicht um ihre Verhältnisse bekümmern, keine „Agitation“ betrieben hätten. Es sei festgestellt, daß Ende Mai, also eine geraume Zeit vor der Stadtverordnetenversammlung vom 10. September, die Arbeiter der Straßenbahnen, der Außenbetriebe der Gas-, Wasser- und Lichtwerke und der Kanalisation Eingaben um Verbesserungen einreichten, die teilweise noch weiter gingen, als die der Gasarbeiter. Alle diese Eingaben wurden abgelehnt. Wenn nun auch diesen Arbeitern Zugeständnisse gemacht werden, so weniger, um sie zu belohnen, sondern um auch deren Klagen und Beschwerden in etwas zu achten.“

Da man mit Elberfeld gemeinsame Sache gemacht hatte, mußten sich notgedrungen auch die dortigen Stadtverordneten mit der Lage der städtischen Arbeiter befassen, was ihnen um so leichter wurde, als die Stadtverordnetenwahlen vor der Tür stehen, eine Gelegenheit, sein altes Arbeiterherz zu offenbaren. Am 10. September, also am selben Tage, an dem in Varnen die Verwaltung den neuen Lohnstarif den Stadtverordneten vorlegte, machte man sich an die Arbeit. Allerdings waren nur 17 Stadtverordnete erschienen, währenddem 19 zur Weisheitsfähigkeit gehören. Oberbürgermeister Hund war davon nicht erkrankt und empfahl daher, wenigstens eine Besprechung der Vorlage des Lohnstarifs für die städtischen Arbeiter. Seine Ansicht ging dahin, daß das den Bestimmungen der Stadtordnung nicht widerspreche, da ja auch bisher die Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter nur durch Beschluß der Kommissionen erfolgt sei. So wurde vor beschlußunfähigem Hause die Vorlage erörtert. Beigeordneter Pfeiffinger begründete nun in längeren Darlegungen die Vorlage und die von den städtischen Arbeitern gemachte Eingabe. Er erklärte: Die Lohnskala weicht von der bisherigen infolge ab, als der Anfangslohn bestehen bleiben, dann aber eine Steigerung im ersten Jahre um 20 Pf., im zweiten um 15 Pf., im dritten um 10 Pf. eintreten soll. Außerdem wurden noch einige Wünsche ausgesprochen, besonders dahingehend, daß den älteren Arbeitern von fünf zu fünf Jahren eine besondere Erhöhung angebilligt werden solle. Diese Wünsche sind in den Verwaltungsräten des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes beraten worden und diese empfiehlt, um eine möglichst gleichmäßige Erhöhung der Löhne bei sämtlichen Arbeitern zu erzielen, den Wünschen nicht zu entsprechen, weil dadurch ein Teil der Arbeiter keine Erhöhung bekommen würde, sondern den Anfangslohn allgemein um 10 Pf. und den Endlohn um 20 Pf. zu erhöhen. Der Effekt würde sein, daß der städtische Etat um 17000 bis 18000 M. belastet würde.



Als dann wandte sich Beigeordneter Pfessinger gegen die von gewisser Seite betriebenen Behauptungen, versuchte die Behauptung zu entkräften, daß die Arbeiter in den Fragen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gehört würden. In der Behauptung, daß für die Arbeiter nichts getan werde, verwies er auf den Etat, in dem sich allein eine Ausgabe von 20.000 Mk. für die Witwen- und Waisenversorgung befände und meinte, würde man diesen Posten verschwinden lassen, so entspräche das einer Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag. Aus einem Vergleich der Produktionsziffern einiger Jahre rechnete er heraus, daß sich eine Lohnsteigerung von 30 Proz. ergebe. Von dem Prämienlohn bei den Getzern des Elektrizitätswerkes will er nicht ablassen, weil dadurch die Arbeiter dressiert würden. Bezüglich der Behauptung, daß im Elektrizitätswerk von 40 Mann im vorigen Jahre allein 31 entlassen worden seien, erklärte er, daß es sich bei diesen Entlassungen zumeist um Hilfsarbeiter gehandelt habe. 22 Arbeiter seien bereits über drei Jahre dort beschäftigt. Zum Schluß bemerkte er, daß in Pärmen in gleicher Weise die vorgeschlagene Änderung des Lohns in Kraft treten solle. Nun begann die Diskussion, die der Kommunistenarbeiter des Kartells, Herr Sattwig, eröffnete. Gegenüber den schönen Schilderungen bemerkte er, daß die neue Lohnliste eine wesentliche Verbesserung der Löhne nicht biete, die Lage der Arbeiter keine ruhige sei. Er brachte eine Reihe von Wünschen zum Vortrag, kennzeichnete die Allüren der Meister, das Strafsystem usw. Der Ober sagte eine wohlwollende Untersuchung zu. Der soziale Judenbader Abendbroth wünschte für die städtischen Arbeiter einen Arbeiterausschuß, mit dem sich Beigeordneter Pfessinger nicht einverstanden erklärte, nur dem Oberbürgermeister Fund ist ein Arbeiterausschuß sympathisch, aber nur in dem Sinne, daß der Ausschuss Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck zu bringen habe, nicht etwa in dem Sinne, daß er etwa bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern mit spreche und Maßnahmen der Verwaltung kritisieren wolle. So fand die Angelegenheit ihre Erledigung. Die Neueinsetzung des Lohns tritt also nach dem Kommissionsbeschluss in Kraft.

So hätte also das energische Handeln unserer Kollegen immerhin einige Verbesserungen gebracht, in Pärmen als auch in Elberfeld. Die widerlichen Vorkommnisse müssen wir schon in Kauf nehmen, sind wir doch auch sonst nicht gewohnt, mit Vorkommnissen von Seiten der Herren Gewaltigen bedacht zu werden.

Als Schlusssätze lassen wir noch eine Betrachtung der „Freien Presse“ folgen: „In eine Sachange geraten sind unsere Stadtverwaltungen in punkto ihrer Arbeiterpolitik und versuchen nun, ihren Vorgesetzten in allerhand Schimpfereien Lust zu machen. Die abgebrauchten Redensarten müssen herhalten, das Augenmerk von der ganz und gar verpöschten Arbeit der gemeinsamen Kommission abzulenken. Mann die Behauptung, daß ungemein viel für die städtischen Arbeiter geschehe, besser widerlegt werden als durch die Tatsache, daß die Elberfelder Verwaltung sich genötigt sah, innerhalb eines Jahres dreimal an die Regelung der Löhne heranzutreten? Warum hat man nicht gleich fertige Arbeit gemacht? Wenn so ergeht es der Pärmer Verwaltung, die durch den Herrn Beigeordneten Schwartner der Welt verkleinert läßt, wie hochherzig und entgegenkommend die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt worden seien, welche Annehmen die Arbeiterfürsorge verschlingen — und die dann, veranlaßt durch einen drohenden Gasarbeiterstreik, einen weiteren Kesseln zulegen und für eine sehr gesundheitsgefährdende und beschwerliche Arbeit — in der Wasserassanialität — den Achtstundenlohn gewähren muß. Der offene Brief des Gasleiters Schäfer vom Gemeindefürsorgeverband zeigt uns zur Genüge, in welcher rüchthändigen Pöbel sich die Arbeiterpolitik der beiden Städte bewegt. Das ist keine vom sozialen Fortschritt getragene Arbeiterfürsorge mehr, das ist eine vom Interessententum unserer Scharfmacher aus diffidierte engherzige Gewerkschaftspolitik.“

Wie anders stünde es mit der kommunalen Arbeiterpolitik, wenn dem Einfluß der Großindustriellen eine Arbeitervertretung auf dem Rathhause gegenübergestellt werden könnte, wenn weiter die Arbeitsbedingungen nicht einseitig diktiert, sondern im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft festgesetzt würden. Voraussetzung hierzu ist eine geschlossene Organisation der städtischen Arbeiter, weiter aber auch eine weitgehende politische Betätigung derselben, wozu die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen Gelegenheit geben. Städtische Arbeiter von Elberfeld und Pärmen! Laßt Euch durch Verlegenheitsworte hoch und höherstehender Herren nicht die Sinne verwirren! Seid auf der Hut! Tut Eure Pflicht!

### Ein neuer Erfolg unserer Breslauer Filiale.

Wie unsere Kollegen wissen, finden alljährlich beim Eintritt der wärmeren Jahreszeit und der damit verbundenen längeren Dauer der Tage in den hiesigen Gasanlagen und Elektrizitätswerken Arbeiterentlassungen größeren Stiles statt. Umgekehrt werden beim Erscheinen des Winters bei der Promenadenverwaltung, im Stadthaus und im Karstall Arbeiter entlassen. So z. B. die Spengler, Lufker, die Parkarbeiter und die Alfordarbeiter im Park. Durch dieses Verfahren war es bisher einer großen Zahl der städtischen Arbeiter unmöglich, in den Genuss der magistratischen Wohlfahrts-einrichtungen zu kommen. Ja, nicht einmal das Wahlrecht zum

Arbeiterausschuß wurde diesen Arbeitern möglich, da die daran geknüpften ununterbrochene einjährige Beschäftigung bei der Stadt von ihnen nie erreicht werden konnte. Die Bestrebungen unserer Breslauer Filiale gingen deshalb nun dahin, einen Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter einzuführen, um einen Austausch der in Frage kommenden Arbeiter vorzunehmen. Bedeutet es doch z. B. für die Gasarbeiter eine direkte Verlängerung ihres Lebens, wenn es ihnen möglich gemacht wurde, bei der Frühjahrsentlassung die überaus ungesunde Arbeitsart vor den Glühöfen der Eisenhäuser mit der in den Promenaden und Parks zu vertauschen. Im Jahre 1904 forderte die hiesige Filiale des Gemeindefürsorgeverbandes zum ersten Male den erwähnten Arbeitsnachweis. Kollege Mehrlein, damals noch Redakteur der „Volkswehr“, begründete in öffentlichen Versammlungen wie auch in einer Petition an den Magistrat diese Forderung. Der Erfolg aber blieb aus, doch ließen sich unsere Kollegen nicht irre machen, und wieder und immer wieder stellten sie ihre Ansprüche an den Magistrat. Dieser Beharrlichkeit ist denn auch schließlich der Erfolg nicht versagt geblieben, und so lesen wir in Nr. 15 vom 15. September d. J. des „Breslauer Gemeindeblattes“ die Erfüllung der Forderung. Der Breslauer Magistrat veröffentlicht folgendes:

„Die Eigenart vieler städtischer Betriebe bringt es mit sich, daß in den einzelnen Verwaltungen der Bedarf an Arbeitern zu denselben Zeiten ein ganz verschiedener ist. Einige Verwaltungen beschäftigen z. B. im Winter eine weit größere Zahl von Arbeitern als im Sommer, während umgekehrt in anderen Betrieben der Hauptbedarf an Arbeitskräften im Sommer eintritt. Hiernach richten sich auch die wechselnde Annahme und Entlassung von Arbeitern. Gleichwohl wird es leicht als Härte empfunden, wenn Arbeiter, die sich — womöglich schon längere Zeit — in einem städtischen Betriebe bereits als tüchtig gezeigt haben, nur des Arbeitsmangels wegen entlassen werden müssen.“

Um diesen Uebelstand zu mildern, wird für die Entlassung und Annahme städtischer Arbeiter folgendes angeordnet:

Jeder städtische Betrieb hat fortan von der Entlassung eines durchaus erprobten, für die Weiterbeschäftigung im städtischen Dienst geeigneten Arbeiters möglichst lange, jedenfalls aber drei Tage vor der Entlassung, dem städtischen Arbeitsnachweisamt mittels Meldefarte Mitteilung zu machen.

Andererseits hat jede Verwaltung bei Bedarf an Arbeitern zunächst im städtischen Arbeitsnachweisamt nach geeigneten, im städtischen Dienste bereits beschäftigt gewesen Arbeitern nachzufragen. (Eventuell telephonisch!) Der städtische Arbeitsnachweis prüft nicht, ob die ihm namhaft gemachten Arbeiter zur Weiterbeschäftigung in anderen städtischen Betrieben geeignet sind. Dies bleibt vielmehr allein der Verwaltung, welche den Arbeiter einstellen will, überlassen. Nimmt eine Verwaltung einen Arbeiter durch Vermittelung des Arbeitsnachweises an, so hat sie diesem davon Mitteilung zu machen, behufs Verzeichnung des aus den Meldefarten gebildeten Zettelkatalogs. Meldungen sind im Generalbureau vorhanden.

Breslau, den 9. September 1907.

Der Magistrat hiesiger Igl. Haupt- und Residenzstadt.“

Soweit die Verfügung. Es wird ja in der Durchführung dieser Maßnahme sicher zuerst nicht so glatt gehen und auch hier werden eine Anzahl von Unannehmlichkeiten zu machen. Aber wir sind davon überzeugt, daß unsere Breslauer Kollegen auch mit diesen Herren fertig werden. Jedenfalls ist auch diese magistratische Verfügung zu begrüßen und zeigt gerade den noch unorganisierten Gemeindefürsorge, was eine zielbewusste Organisation erreichen kann! Diese jetzt anerkannte Forderung ist von niemand anderem als der Breslauer Verbandsleitung gestellt worden, und es dürfte jetzt eigentlich keinen Breslauer städtischen Arbeiter geben, der uns nicht angehört!

J. R.

### Die Münchener Gas-Laternenwärter.

Um die Zeit der Winterstunde sieht man allmählich Männer mit einer Stange über der Schulter, an deren oberem Ende ein Spiritusflämmchen glimmt, gepanzerhaft die Straßen der Stadt durchkreuzen; und wie es früher nicht ratsam war, sich mit den Wintern in einem Dampfe einzulassen, so sei auch davor gewarnt, etwa von diesen Männern irgendeine Auskunft erhalten zu wollen. So gemächlich der Münchener im allgemeinen und der Laternenwärter — um diese handelt es sich hier — im besonderen ist, in diesem Momente ist er laut Dienstinstruktion einfach „unnahbar“. Ein ahnungsloser Krager, der sich etwa um eine Strafe erkundigen wollte, würde verblüfft auf der Strafe stehen oder auch dem davon-eilenden Rastotum ganz ungeduldsweise ein Schimpfwort nachschicken, möglicherweise würde sich auch die Fabel „Mantelverjan“ in seiner Gedankenwelt breit machen.

Ja, ja. Wenn nach Meinung der Münchener Gasdirektion sich die Gefahr der Gasentzündung durch ihre besseren Ehegatten vermindern ließe, was etwa um 12 Uhr nachts geschehen sein könnte, dann müssen die Laternenwärter bereits wieder aus den Federn gekrochen sein, um die eine Hälfte der Laternen zu löschen. Ob

gerade darauf das nicht allzu seltene „Torkeln“ der Passanten nach 12 Uhr zurückzuführen ist, oder ob andere geheimnisvolle Ströme dabei ihre Finger im Spiel haben, das zu ergründen, kann füglich nicht im Rahmen dieses Artikels liegen.

Das Aufstören aus der Nachtruhe und der plötzliche Wechsel von der Bettwärme in die angesichts der Höhenlage in München sehr raube Nachtluft ist keinesfalls dazu angetan, auf die Gesundheit der Laternenwärter besonders förderlich zu wirken. Um der Unbill der Bitterung besonders im Winter einigermaßen entgegenzuwirken, wäre die betriebsseitige Anschaffung von wasserdichten Wettermänteln sehr angebracht. Somit darf es also nicht Wunder nehmen, wenn stets ein großer Teil der Laternenwärter krank ist; ein Umstand, der die Stadtverwaltung bezw. die Gasdirektion nicht besonders berührt, denn sie erzielt dabei ganz hübsche Ersparungen!

So unglaublich das klingt, — es ist aber dennoch so, wie aus folgendem zu ersehen ist: Der Lohn der Münchener Laternenwärter setzt sich zusammen aus 1,60 Mk. pro Monat und Laterne, deren jeder ungefähr 55 bis 58 zu bedienen hat; hierzu kommt eine Dienstalterszulage von monatlich 4,50 Mk., die sich von drei zu drei Jahren um den gleichen Betrag erhöht, bis zu 22,50 Mk. nach 15 Jahren. Erkrankt aber nun der Laternenwärter, so wird diese ganze Berechnung über den Haufen geworfen und er erhält dann für jeden Tag, an dem er in diesem Monat Dienst geleistet hat, 3 Mk. Der Reservemann, der nun den Dienst weiter zu versehen hat, erhält täglich nur 2,40 Mk., so daß die Betriebsleitung selbst dann noch Geld erspart, wenn der Reservemann das Buben der Laternen trifft, wofür er in diesem Falle eigens entschädigt wird. Genau so liegt das Verhältnis bei den Obleuten. Ein Beispiel soll uns dies zeigen. Der Laternenwärter-Obmann erhält nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung:

35 Laternen a 1,60 Mk. und 60 Mk. Obmannszulage	= 106,— Mk. pro Monat
Hierzu werden jedem Obmann noch	
3 Laternen zugeteilt	= 4,80 „ „
<b>Summa</b>	<b>110,80 Mk. pro Monat</b>

Erkrankt nun der Obmann, so wird er im Tagelohn mit 3,50 Mark ausbezahlt; sein Vertreter erhält 3,30 Mk.

Erkrankt nun der Obmann z. B. am 15. d. M., so bekommt er selbst	14 × 3,50 Mk. = 49,— Mk.
sein Vertreter	16 × 3,30 Mk. = 52,80 „
<b>zusammen</b>	<b>101,80 Mk.</b>

so daß in diesem Falle 9 Mk. gespart werden. Selbst dann, wenn der Stellvertreter das Buben der Laternen treffen sollte (er erhält dafür 4 Mk.), so werden immer noch 5 Mk. für den Magistrat an der Krankheit „verdient“.

In Verfolg dieser mehr als umständlichen Krikelerei haben nun die Bureaukraten in der Betriebsleitung des Münchener Gaswerkes irgendwo ein Ungeheuer von einer Lohnabelle ausgekügelt, gegen welches die verächtliche Seeschlange geradezu eine liebliche Erscheinung sein müßte. Den Laternenwärtern könnte es ja einerlei sein, womit sich die Bureaugehaltigen die Zeit vertreiben, wenn nicht die Sache ein Schicksal hätte. Diese Rubriktschinderei soll angeblich schuld daran sein, daß die Laternenwärter ihr sauer verdientes Geld nicht am 1., sondern erst am 5. eines jeden Monats bekommen.

Eine derartige Mißachtung der Bedürfnisse eines Arbeiters ist denn doch unerhört! Um so mehr, wenn man sich vor Augen hält, daß z. B. die städtischen Beamten schon ab 25. September das Gehalt für Oktober empfangen können, während die Laternenwärter erst am 5. Oktober das Geld für September bekommen. Da sich die Laternenwärter bekanntlich nicht aus den Privatsäckern zu rekrutieren pflegen, so mag sich der Leser selbst ein Bild davon machen, in welcher angenehme Situation da mancher Laternenwärter am ersten des Monats kommt, zumal dann, wenn er gar einen Wohnungswechsel beabsichtigt.

Wegen dieses Modus der Auszahlung, der erst seit vergangenes Neujahr eingeführt wurde, haben die Laternenwärter ganz entschieden Front gemacht. So wurden von den 170 Münchener Laternenwärtern wohlgeachtete 156 Protestunterschriften eingereicht. Aber wofür hat denn der Magistrat Beamte? — Kurzgehandelt ließ der Herr Beleuchtungsinspektor seine Obleute kommen und hielt diesen eine Standrede, daß es aus diesen und jenen Gründen bei der Auszahlung am 5. des Monats zu verbleiben habe. Eine Forderung sei in Anbetracht des oben erwähnten Vorkommnisses nicht möglich. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn sich der Herr Beleuchtungsinspektor erst die Füße zusammenbinden würde und wollte sich dann beschweren, daß er sehr schlecht laufen könne! Kurz, drei Obleute mußten durch ihre Unterschrift das Privatistum des Herrn Inspektors quittieren. Und daraus folgte die Gasdirektion, daß nun damit auch die 157 Protestunterschriften hinfällig wären. Ja, man vertiefte sich sogar soweit, auf Grund der Unterschrift dieser drei Obleute im Magistrat den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträgen mit der Behauptung gegenüber zu treten, die Laternenwärter seien nunmehr mit der Auszahlung am 5. des Monats einverstanden. Daß aber dem nicht so ist, das beweist eine kürzlich von der Ortsleitung des

Gemeindearbeiter-Verbandes unter den Laternenwärtern veranstaltete Statist. aus der nicht verschiedenem anderen Material hervorgeht, daß die Laternenwärter nach wie vor ihr Geld am 1. des Monats zu erhalten wünschen, und daß es ihnen gar nicht einfallen kann, die Unterschriften der drei Obleute als der Meinung der Laternenwärter entsprechend anzuerkennen oder sich um der schönen Augen der Gasdirektion willen mit den Verhältnissen abzufinden. Vielmehr sind sie der Meinung, wer die Suppe eingetrocknet hat, der soll sie auch auflösen.

Die erwähnte Statistik befaßte sich unter anderem auch mit den von der Straßenbeleuchtung verhängten Strafen. Hier wäre vor- auszuscheiden, daß ganz natürlich beim Zünden und Löschen der Laternen strengste Pünktlichkeit am Platze ist, was von den Laternenwärtern auch anerkannt wird. Es soll auch nicht daran getüfelt werden, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung gewisse Strafbestimmungen vorhanden sein mögen. Allein, das System, nach welchem in München gestraft wird, ist unter allen Umständen zu verwerfen, und selbst der entragteste Scharfmacher könnte keine drakonischeren Maßregeln ergreifen, wie sie hier von der Gasdirektion gehandhabt werden.

Den Münchener Laternenwärtern ist nämlich eine jämmerliche Gratifikation von 30 Mk. zugesichert, die streng genommen, eben auch einen Teil des Lohnes bilden. Davon werden nun bei jedesmaliger Verfehlung 5 Mk. in Abzug gebracht. Wie rentabel dieses Geschäft ist, beweist die erwähnte Statistik, nach welcher im Jahre 1906 auf 13 Standplätzen allein nicht weniger als 220 Strafzettel ausgeteilt wurden, so daß bei den vorhandenen 19 Standplätzen die Zahl von 300 nicht zu hoch gegriffen sein dürfte. Hat nun ein Laternenwärter im Laufe des Jahres bereits 6 Strafzettel erhalten, so daß also der Betrag von 30 Mk. verwirkt ist, so kommt die Entlassung, wenn nicht der Vorgesetzte ein paar Zettel „berescht“. Wie leicht es möglich ist, daß man im Laufe des Jahres sechsmal verfehlt, zumal wenn man um 12 Uhr nachts am Dienstplatze sein muß, ist ja klar. Nicht so klar aber ist es, daß der Obmann laut seiner Dienstinstruktion den Laternenwärter auch dann zu melden hat, wenn er nicht die vorgeschriebenen zehn Minuten vor Beginn des Dienstes am Standplatze ist. Nebenbei bemerkt, eine ganz besondere Annehmlichkeit, sich im Winter nachts um 12 Uhr bei Sturm und Wind 10 Minuten lang unterstandlos ins Freie hinstellen zu müssen. Wie diese Strafzettel manchmal aussehen (es handelt sich dabei um 5 Mk.), dafür ein Beispiel:

Am

Herrn Laternenwärter F. P. . . . .

Sie erhalten hiermit die 1. Strafe, weil Sie nicht zur Anzeige brachten, daß bei Laterne soviel an der Straße Nummer und Marke verwechselt sind.

Am . . . . . 1907.

Lüber.

Man kann aber doch sehr im Zweifel sein, von welchem Zeitpunkt ab eine Marke oder Nummer als verwechselt oder noch auf leiserlich zu betrachten ist. Derartige Strafen stehen aber auf der Tagesordnung. Will einer der Verstraften reklamieren, so ist es nur schade um die Stiefelsohlen, die er damit kaputt läuft, denn auch hier heißt es wie bei Pilatus: „Was geschrieben steht, das steht geschrieben.“

Daß früher die Laternenwärter bei Krankheit einen Zuschuß von 20 Pf. bis 1 Mk., je nach Dienstalter, auf die Dauer von 26 Wochen erhielten, der nun gefallen ist bis auf die 14 Tage Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, das ist auch so eine „Verkürzung“, die zu insinieren unsere Stadtverwaltung anscheinend hervorragend tüchtige Kräfte besitzt. Vielleicht ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, an welchem auch hier einmal die sprichwörtliche Münchener Gemüthlichkeit ihr Ende erreicht hat. Die verfehlte Forderung der Gasdirektion, daß man bei einem eventuellen Nummern der Laternenwärter die Fernzündung einführen werde, kann uns wenig imponieren, denn die Sache laboriert bereits noch daran, daß es mit der Funktion dieser Fernzündung immer noch so eine eigene Sache ist. Ist die Fernzündung erst einmal absolut zuverlässig, dann werden die Laternenwärter unter das alte Eisen kommen, ganz gleichgültig, ob sie den unerforschten Naturschlüssen der Gasdirektion treu ergeben waren, oder ob sie ihre Menschenwürde hochgehalten haben. Mögen sich die Münchener Laternenwärter sehr wohl dessen bewußt bleiben.

J. S.

## Die Lage der Görlitzer Magistratsarbeiter

Ist eine höchst verbesserungsbedürftige! Das Arbeitsverhältnis läßt so viel als alles zu wünschen übrig. Es muß aber auch gesagt werden, daß die Gleichgültigkeit und Saumseligkeit der Magistratsarbeiter selbst im hohen Maße daran schuld ist. Seit Jahren schon gibt sich ein kleines Häuflein die redlichste Mühe, die Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation, dem gemeinsamen Vorgehen zu überzeugen. Und nicht ganz ohne Erfolg. Aber leider nicht für Wörlitz. Ist es gelungen, einen Kollegen aufzuklären, ihn der Organisation zuzuführen, dann dauert es nicht lange, und der Neugewonnene schüttelt den Wörlitzer Staub von den Pantoffeln und sucht sich anderwärts eine neue bessere Existenz. Wir kennen eine Reihe



solcher Kollegen, denen die Verhältnisse in Görlitz nicht behagen und es deshalb vorzogen, auszuwandern. Aber ein gut Teil Schuld an der Misere tragen auch die Kleinlichen Differenzen der Kollegen untereinander. Es fehlt noch so manchem das tiefere Verständnis für die Sache, und nur zu oft verwechselt er seine Person mit der Organisation. Würde so mancher Kollege es verstehen, die Interessen der Bewegung über die seiner eigenen Person zu setzen, viele unliebsamen Differenzen würden nicht vorkommen.

Bei dieser Uneinigkeit der Kollegen untereinander hat selbstverständlich die Stadtverwaltung leichtes Spiel. So manchem Vorgesetzten möchte einmal energisch auf die Finger geklopft werden. Denn, was sich verschiedene dieser Herren an Schikanierung der Arbeiter leisten dürfen, übersteigt alles dagewesene. Schon im vorigen Jahre mußten wir das Verhalten des Werkmeisters Kirchhof von der Gasanstalt einer Kritik unterziehen. Wir mußten konstatieren, daß sich dieser Herr Alüren zugelegt hat, die einem Despoten alle Ehre machen. Jeder müssen wir heute noch ein gleiches sagen. Auch jetzt noch befleißigt sich Herr Kirchhof eines wenig humanen Benehmens den Arbeitern gegenüber. Und die Arbeiter sind, weil nicht einig untereinander, ihm gegenüber machtlos. Die Faust in der Tasche zu halten, hilft nicht. Im Frühjahr dieses Jahres hatten sich die Gasarbeiter erfreulicherweise in größerer Zahl unserer Organisation angeschlossen. Durch eine ganz niederträchtige Stänkelei eines Querschnittes jedoch ließen sich eine Anzahl betören, der Organisation wieder den Rücken zu kehren. Dadurch haben sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kollegen schwer geschädigt, und Herr Kirchhof triumphiert! Kann er doch nun wieder seinen Launen die Zügel schiefen lassen.

Die neuerbaute Gasanstalt, deren „mustergültige“ Einrichtungen man nicht genug in die Welt hinauspfeifen kann, ist jetzt wiederholt das Ziel verschiedener Exkursionen geworden. So ist sie vom Werkmeisterverein und auch vom Verein „Dampf“ inspiert worden. Hierbei versteht es Herr Kirchhof, die Arbeit in der Gasanstalt als ein reines Kinderpiel hinzustellen. Zwanzig Minuten, sagt er, arbeiten die Leute und dann haben sie Pause! Das erregte selbst bei den uneingeweihten Besuchern Kopfschütteln. Die Arbeiter aber wissen, daß Herr Kirchhof damit etwas sagte, was nicht den Tatsachen entspricht. Ueberhaupt, was ist der Verein „Dampf“? Angeblich eine ganz neutrale Vereinigung von Maschinenisten, Zeichner usw. Es geht aber in Görlitz das Gerücht, daß dieser Verein „Dampf“ einer Unternehmungskolonne zum Verwechseln ähnlich sieht. Auf diesen Gedanken kann man schon kommen, wenn man die auffällige Protection sieht, die den Mitgliedern dieses Vereins „Dampf“ zuteil wird. Auch in der Gasanstalt haben wir ein Beispiel davon. Ist da auch ein Maschinenist, Mitglied des Vereins „Dampf“. Ueber seine Fähigkeiten als Maschinenist hat dieser eine Probe abgelegt, die man mit der Zensur I nicht bezeichnen kann. Tut aber nichts zur Sache, taugt er nichts als Maschinenist, na, dann paßt er immer noch in das Apparatehaus! Herr Kirchhof hält ja seine schützenden Fittiche über ihn.

Im übrigen spart man an Arbeitskräften so weit als möglich. Darunter haben die Feuerleute am meisten zu leiden. Zu bedauern sind sie aber eigentlich nicht. Als sie im vorigen Jahre durch das Vorgehen der Organisation ihren Tagelohn um 40 Pf. erhöht bekamen, hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als dem Verband den Rücken zu kehren. Sie brauchen ihn ja nun nicht mehr! O, Ihr Toren!

Nicht besser, eher eine Schattierung schlechter liegen die Verhältnisse bei der Straßenreinigung. In diesem Betriebe wird der niedrigste Lohn gezahlt. Der Stundenlohn beträgt 25 und 26 Pf. Die Behandlung, die den Arbeitern zuteil wird, ist auch nicht gerade eine einwandfreie. Und woran mag das liegen? Einzig und allein daran, daß sich die Kollegen gegenseitig bekämpfen. Solange die Kollegen unter sich nicht einig sind, werden sie sich auch keinen Respekt verschaffen!

Es ist leider kein erfreuliches Bild, das wir hier entrollen. Es war aber mal notwendig, den Görlitzer Magistratsarbeitern zu zeigen, daß sie alle Ursache haben, die jetzige Gleichgültigkeit und grenzenlose Furcht abzugeben. Ihnen zu zeigen, daß jeder einzelne sich für den Verband betätigen muß! Die Zeit von und nach der Arbeitsstelle muß zur Agitation verwendet werden. Die Kollegen müssen sich mehr um gewerkschaftliche Dinge kümmern. Das kann am besten geschehen, wenn sie unser Verbandsorgan „Die Gewerkschaft“ regelmäßig recht aufmerksam lesen. Ist es den Kollegen in anderen Städten möglich gewesen, ihr Arbeitsverhältnis zu bessern, so muß das auch in Görlitz möglich sein.

Darum Kollegen, frisch ans Werk!

### Aus den Stadtparlamenten.

**Gmund.** Die bürgerlichen Kollegien beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Eingabe der Gasarbeiter des städtischen Gaswerks um Erhöhung ihrer Löhne, Gewährung von Urlaub usw. Es wurde beschlossen, den Gasmachern eine Lohnaufbesserung von 10 Pf. pro Arbeitsstunde zu gewähren und als Maximallohn 4,30 Mk. festzusetzen. Die Urlaubsverteilung wurde in der Weise geregelt, daß den Gasarbeitern mit einer 3jährigen Dienstzeit

3 Tage, mit 8jähriger Dienstzeit 4 Tage, mit 10jähriger Dienstzeit 5 Tage und bei einer Dienstzeit von 10 Jahren und mehr 6 Tage Urlaub bei voller Lohnzahlung eingeräumt werden.

**Bosen.** Die Lohnliste für städtische Arbeiter wurde um 3000 Mk. erhöht.

**Berbau.** Die städtischen Kollegien haben beschlossen, den städtischen Beamten, Bediensteten und Vorarbeitern eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 100 Mk. für Verheiratete und 50 Mk. für Unverheiratete zu gewähren.

### Aus unserer Bewegung.

**Heilbronn.** Die am 23. August stattgehabte Versammlung war gut besucht. Kollege Mohs-Berlin referierte über das Thema: „Die Stadtgemeinden als Arbeitgeberinnen“. Er verstand es, in klaren, leicht verständlichen Zügen jedem Kollegen die Wichtigkeit des Themas zu klar zu machen. Reicher Beifall lohnte den Referenten. — Genosse Tabler schilderte in der Diskussion seine Erfahrungen als Mitglied der Wohnungskommission und hob hervor, daß es manchmal traurig anzusehen sei, wie ungeschickliche Verhältnisse im Wohnungswesen noch gebuldet werden. Er ersucht die Kollegen, kräftig zu agitieren, daß auch hinter einer eingereichten Petition eine starke Organisation stehe. Gen. Schweikert erwähnte die Kollegen, auch in den Familien für Aufklärung auf sozialem Gebiet zu sorgen. Kollege Ziegler schilderte noch einige Beispiele und wies auf die letzten Ausführungen hin, die von Seiten einiger Gemeinderäte gemacht worden sind. Es sei ungeschicklich und falsch, einen städtischen Arbeiter als Halbspitaler hinzustellen. Auf einer Seite verlangt man Bildung von den Arbeitern und auf der anderen Seite, wenn dieselben ihr Recht wahren wollen, werden sie mit derartigen Worten abgepeist. Daraus ergeben die Kollegen, wie die fälschliche Ausbeutung noch von den Kommunen getrieben wird. Darum ist es an der Zeit, daß alle noch dem Verband fernstehenden Kollegen sich uns anschließen.

**Leipzig.** Die städtischen Gasarbeiter nahmen in einer im Saale des „Tivoli“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung Stellung zu der vom Räte der Stadt Leipzig erlassenen, bereits gültigen Lohnordnung. Man brachte dabei zum Ausdruck, daß, während früher dem Gedanken: für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung gebührend worden sei, man sich in neuerer Zeit von diesem Standpunkt immer mehr entferne. Die Neuregelung bringe ebenfalls nur wenigen eine, allerdings auch nur minimale Zulage an Lohn, während der größere Teil der Arbeiter, insbesondere die jüngeren, die doch ihren Strang ebenso gut ziehen müssen, wie die älteren, vollständig leer dabei ausgingen. Auch hätte man sich, was die Erläuterung zur Lohnordnung betrifft, etwas deutlicher ausdrücken sollen. Im übrigen bringe die jetzige Lohnordnung nur noch mehr Zwietracht unter die Arbeiter. Nach lebhafter Diskussion, wobei die Frage in flux gebracht wird, daß bei der Behandlungsweise des Arbeiterausschusses von der Verwaltung man es sich für die Zukunft vorbehalten müsse, ob der Weg durch diese Institution noch gangbar sei, wurde eine Resolution angenommen, worin der Rat um schnelle Antwort auf die letzten Eingaben ersucht und der Arbeiterausschuß beauftragt wird, das Resultat in öffentlicher Versammlung bekannt zu geben. Sodann wurden Mitteilungen über das unreine Wasser im Bade zur Sprache gebracht, das mit Kondenzablauf und Rückhalt den hygienischen Anforderungen nicht entspricht. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, um Beschaffung eventuell Verwendung von reinem Leitungswasser vorstellig zu werden. Mit einem Appell, treu zur Organisation zu halten, fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Leipzig.** In der am 13. September im Volkshause abgehaltenen gut besuchten Versammlung hielt Kollege Schuchardt einen Vortrag über das Thema: „Die städtischen Arbeiter im Klassenkampf“. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. — Unter „Gewerkschaftlichem“ gab Kollege Schuchardt Bericht vom Sommerfest. Ein Antrag, auch in diesem Jahre eine Statistik auszuarbeiten, wer von den Mitgliedern Leser der „Leipziger Volkszeitung“ und wer politisch organisiert ist, fand einstimmige Annahme. Ein weiterer Antrag, den Unterlassungen für ihre Tätigkeit 10 Proz. statt wie bisher 8 Proz. zu gewähren, wurde bis auf weiteres vertagt. Zum Schluß wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beauftragt die gesamten Arbeiterausschüsse, dahin zu wirken, daß den Arbeitern bei Ausübung ihres Koalitionsrechtes keine Schwierigkeiten bereitet werden. Sie sollen dahin arbeiten, daß dem Verteilen von Einladungen zu unseren Versammlungen nichts in den Weg gelegt wird.“

**Leipzig.** Die städtischen Vaterenwörter hatten sich am Sonntag, den 15. d. M., im Volkshause versammelt, um zu der neuen Lohnforderung und einigen im Dienste zutage getretenen Mängeln Stellung zu nehmen. In der Lohnforderung wurde ausgeführt, daß das Entgegenkommen des Rates durch die Neuregelung wohl anzuerkennen wäre, angesichts der teuren Lebensverhältnisse aber, die sich von Tag zu Tag noch höher gestalten, das Gebotene doch höchst unzulänglich wirke, da andererseits auch die

Anforderungen im Dienst sich ständig steigern. Es wird sodann speziell die Bezahlung für das Frühanziehen im Winter mit 50 Pf. als ungenügend bezeichnet und 1 Mk. dafür gefordert. Ebenso werden die ungenügenden Gerätschaften zur Aufbewahrung der Bekleidung auf den Wachen bemängelt sowie des weiteren die jetzt im Dienste verwendeten Pelermine als unpraktisch bezeichnet, da infolge ihrer Mürze das Wasser auf Arme und Füße sich ergieße, der Gesundheit aber dadurch mehr Schaden zugefügt werde als ohne dieselben. Zur besseren und bequemerer Handhabung sollen Ärmel darin angebracht werden. Dem Arbeiterauschuss wird aufgegeben, das Gewünschte und Geeignete dem Mate durch eine Sitzung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, wobei ihm noch ein Antrag mit auf den Weg gegeben wird, dahin zu wirken, daß das Verteilen von Einladungszetteln zu Versammlungen usw. innerhalb des Betriebes genehmigt werde. Die Versammlung schließt sodann mit einem Appell für die Organisation.

**Mainz.** Am 29. August referierte Kollege D. Bürger-Samburg in einer öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter über den „Internationalen Arbeitertag“ und die erste Internationale Gemeindefunktionärskonferenz in Stuttgart. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in 1½ Stunden glänzenden Ausführungen und erntete reichen Beifall. Es folgte eine rege Diskussion, worauf folgende vom Vorsitzenden verlesene Resolution einstimmig Annahme fand: „Die heute, am 29. August im „Goldenen Flug“ tagende, gut besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und bedauert tief, daß die Resolution der Mehrheitsdelegation in bezug auf die Kolonialpolitik nicht zur Annahme gelangte. Ebenso bedauert sie, daß nur eine kleine Minderheit der deutschen Delegation diese Abstimmung provozierte.“ Zwei Versammlungen mit den Straßenbahnern hatten gute Erfolge. Kollege Karole sprach in der ersten Versammlung über „Zweck und Nutzen der Organisation“, und Genosse Adlung, Landtagsabgeordneter und Stadtrat, in der zweiten Versammlung über das gleiche Thema unter Bezugnahme auf die kommunalen Betriebe. Genosse Adlung legte in klaren, sachlichen Ausführungen die Verhältnisse in den kommunalen Verwaltungen dar, und kommt zu der Aufforderung, daß die städtischen Arbeiter sich auch alle selbst organisieren müssen, wie die Arbeiter in der Privatindustrie. — Zum Schluß noch etwas Christliches! Nachdem unsere Einladungszettel Mittwoch, den 4. September, zur Austeilung gelangten, erfolgte von seiten der ultramontanen Zuerstreiber Freitag, den 6. September, eine Einladung auf denselben Abend, wo unsere Versammlung schon einberufen war, um 8 oder 11 Uhr in das frühere Lokal, wo der Lokalverein seine Versammlung abhielt. Sie hatten sich dazu einen früheren Straßenbahner aus Köln verborgen. Aber die Mainzer Kollegen haben die richtige Antwort gegeben, sie haben jenen Herrn im Lokal allein sitzen lassen. Sein einziger war bei ihm erschienen. Nachdem unser Gauleiter Kollege Karole und Genosse Adlung des Geharnes richtig beleuchtet hatten, traten zahlreiche Kollegen unserem Verbande bei. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen erwähnt hatte, dafür einzutreten, daß auch der letzte Mann zur Organisation gehöre, wurde nach kurzer Diskussion die imposante Versammlung geschlossen.

### Rundschau.

**Polizeitechnischer Scharfmann.** Unsere Hamburger Filiale hatte in einem Gesellschaftshaus einen Unterhaltungsabend veranstaltet, an dem die „Neue Freie Volksbühne“ das Revolutionsdrama „Am Vorabend“ von Leo Kumpff aufzuführen sollte. Dann sollte ein Tanzkränzchen folgen. Die Veranstaltung war nur für die Mitglieder des Verbandes und deren nächsten Angehörigen bestimmt. Am Tage vor der Aufführung wurde der Verbandsvorsitzende, Kollege Schönberg, und der Lokalinshaber nach dem Stadthaus gerufen, wo ihnen der Rat der Polizeibehörde mitteilte, daß die Behörde die Veranstaltung aus folgenden Gründen untersagt: Der Verein zähle über 1000 Mitglieder; dieser großen Zahl wegen könne er aber „im polizeitechnischen Sinne“ nicht mehr als Verein angesehen werden. Der Verein sei also kein Verein, und infolgedessen seien seine Vergünstigungen öffentliche Veranstaltungen, die der polizeilichen Erlaubnis bedürfen. Diese polizeiliche Erlaubnis werde aber verweigert. In Hamburg besteht keine Theaterzensur. Aber, wie man sieht, weiß sich die Polizei zu helfen!

**Vollzahnpflege.** Von Sozialhygienisten wird seit langem darauf hingewiesen, eine wie bedeutsame Rolle die Zahnpflege für den Gesundheitszustand des einzelnen spielt. Die sehr wichtige sozialpolitische Seite dieser Frage findet jedoch trotzdem noch immer ein sehr geringes Verständnis. Die Versicherungsanstalten wissen ein Lied davon zu singen. Einmaliglich der Fall, in denen Verletzungen oder besondere Erkrankungen Behandlung oder Ersatz des Gebisses nötig machen, werden in Berlin allein mehr als 100.000 Mk. im Jahre seitens der Arbeiterversicherung für diesen Zweck aufgewendet, ein Umstand, der dazu geführt hat,

die Errichtung einer besonderen Anstalt für Zahnbehandlung usw. für die nächste Zeit in Aussicht zu nehmen. Ebenso wie für den allgemeinen gesundheitlichen Schutz der Arbeiter, überhaupt der münderbemittelten Volksschichten gesorgt wird, muß daher auch der Zahnpflege die öffentliche Aufmerksamkeit in höherem Maße zugewendet werden, als das zurzeit geschieht. Eine Reihe von Gemeinden haben sich zu der Anstellung von Schulzahnärzten entschlossen. Wie nötig das ist, beweist der Umstand, daß z. B. von den 733 im verflohenen Schuljahre zu Wilmersdorf bei Berlin eingeschulten Kindern nicht weniger als 405, gleich mehr als 55 Prozent, schadhafte Zähne hatten. Ein einheitliches Vorgehen nach dieser Richtung ist jedoch leider noch nicht zustande gekommen und die Anstellung von Schulzahnärzten seitens des Staates ist ein immer noch unerfüllter Wunsch. Um so nötiger ist es, daß die Kommunen sich der Sache annehmen und Kliniken einrichten, welche den Kinderbemittelten bei unentgeltlicher Behandlung zur Verfügung stehen.

### Verbandsteil.

#### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in Nr. 37 der „Gewerkschaft“ verweisen wir heute nur kurz darauf, daß mit dem 1. Oktober d. J. für alle Mitglieder neue Mitgliedsbücher zur Ausgabe gelangen und in diesen wiederum nur neue Marken geklebt werden. Ehe der Umtausch der Bücher erfolgt, muß das alte Buch in der Weise in Ordnung gebracht sein, daß bis zur 30. Woche Marken geklebt sind. Weitere Informationen sowie die neuen Bücher, Marken und Mitgliedskarten (Mitgliederverzeichnis) sind den Filialleitungen zugegangen.

Da mit dem 1. Oktober d. J. die Erwerbslosenunterstützung in Kraft tritt, so sei daran erinnert, daß sich kranke und arbeitslose Mitglieder bei ihrer Filialleitung zu melden haben. Die näheren Bestimmungen und Materialien sind den Filialleitungen bereits zugegangen. In der „Gewerkschaft“ kommen wir hierauf noch näher zu sprechen.

Wie für das Jahr 1907, so werden wir auch für 1908 wieder einen **Kalender** für Gemeinde- und Staatsarbeiter herausgeben. Derselbe erscheint diesmal noch umfangreicher wie im Vorjahre und kostet daher 50 Pf. Zur Ausgabe gelangt er Anfang Dezember d. J. Bestellungen erbitten wir an die Filialleitungen.

Das **Protokoll der Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe** kommt in etwa 14 Tagen zur Ausgabe. Der Preis wird je nach dem Umfang der Auflage 20 bis 30 Pf. betragen. Auch hier erbitten wir, Bestellungen schnellstens an die Filialleitungen gehen zu lassen. Die Wichtigkeit der Verhandlungen für alle Mitglieder sichert dem Protokoll hoffentlich einen guten Absatz.

Für den Verbands-Vorstand

Albin Röh.

### Totenliste des Verbandes.

Christian Kärcher, Stuttgart

Richard Herda, Berlin

† 8. September 1907 im Alter von 44 Jahren.

† 12. September 1907 im Alter von 35 Jahren.

Heinrich Abelman, Ludwigshafen a. Rh.

† 18. September 1907 im Alter von 58 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Filiale Lübeck.

Freitag, den 4. Oktober 1907, abends 8½ Uhr:

## Mitgliederversammlung

im Vereins Hause, Johannisstraße 50-52.

#### Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Berichterstattung von der Internationalen Gemeindearbeiter-Konferenz. Referent: Kollege Bürger-Samburg.
- Mitgliedskarten sind vorzulegen. Der Vorstand.